

*Human Rights Watch hat seinen Bericht für 2013 veröffentlicht.
EL ESPECTADOR kommentiert den Bericht am 21.1.2014.*

Das schwarze Kapitel Kolumbiens

Der Bericht von Human Rights Watch (HRW) zur Situation der Menschenrechte in aller Welt wird heute in Washington veröffentlicht. EL ESPECTADOR erhielt vorab Kenntnis von dem Kapitel über Kolumbien, ein Dokument, das die wesentlichen Probleme aufzählt, die im Jahr 2013 im Land herrschten. Darin erhalten die Guerrilla, die Paramilitärs, die Streitkräfte und die Regierung heftige Prügel für die Art und Weise, auf die sie sich im bewaffneten Konflikt verhalten. Im Detail werden alle nachweisbaren Verhaltensweisen der Kräfte dargestellt, die am kolumbianischen Konflikt beteiligt sind.

In der Einleitung warnt HRW, dass 2013 "weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen durch irreguläre bewaffnete Kräfte begangen wurden, wie die Guerrilla und Nachfolgegruppen der Paramilitärs". Ebenfalls wird bestätigt, dass in Kolumbien weiterhin massive Vertreibungen, gezielte Tötungen und Drohungen gegen Führer von Menschenrechtsgruppen oder ihre Landbesitzrechte einklagende Gruppen stattfinden. Auch wird bekräftigt, dass der Rechtsrahmen für den Frieden und die neue Militärgesetzgebung Werkzeuge sind, die zur Straflosigkeit führen können.

"Die Regierung Santos hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, welche die Möglichkeiten vereiteln, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen", warnt HRW und fügt hinzu: "Die Regierung leitete Verfassungsreformen ein in Bezug auf juristische Übergangsregelungen und das System der Militär-Strafjustiz, die dazu führen können, dass abscheuliche Vergehen, begangen von der Guerrilla, den Paramilitärs oder den Streitkräften ungestraft bleiben."

Bezüglich des Verhaltens der Guerrilla unterstreicht HRW, dass sowohl FARC als auch ELN sich weiterhin schwere Verletzungen des Internationalen Humanitären Rechts zuschulden kommen ließen, wie die Bedrohung und Tötung von Zivilpersonen, die Rekrutierung Minderjähriger und den Einsatz von Landminen. Nach dem Bericht wurden von Januar bis August 2013 mehr als 107 Zivilpersonen durch Landminen schwer verletzt und 13 getötet.

Der Bericht widmet auch einen Abschnitt den Paramilitärs. Darin wird der abgelaufene Friedensprozess zwischen ihnen und der Regierung Uribe kritisiert, und es wird gewarnt, dass die Mängel in diesem Prozess die Reorganisation dieser Kräfte in Form neuer krimineller Banden erlaubt habe.

"Trotz erkennbarer Fortschritte bei der Festnahme der Anführer haben die kolumbianischen Behörden es nicht vermocht, der Macht dieser Gruppen spürbar entgegenzuwirken: Im Mai 2013 informierte die Polizei, dass diese Gruppen 3866 Mitglieder hätten, die in 167 Gemeinden tätig waren – dies im Vergleich zur Lage 2009, als 4037 Mitglieder in 173 Gemeinden operierten. Diese Gruppen haben ihre Macht aufrecht erhalten, was neben anderen Gründen auch der Toleranz seitens und Koexistenz mit Mitgliedern der Staatsmacht auf örtlicher Ebene geschuldet ist", wird in dem Dokument ausgeführt.

Weiter wird kritisiert der Mangel an Schnelligkeit der Justiz bei der Verurteilung jener, die in die wesentlichsten Verbrechen des Paramilitarismus verwickelt sind, was auf das Gesetz über Gerechtigkeit und Frieden zurückgeführt wird. "Im Juli 2013, acht Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes, haben die zuständigen Staatsanwälte Verfahren gegen nur 18 Personen eingeleitet. Erst 2013 führte die Sonderstaatsanwaltschaft eine neue Ermittlungsmethode ein,

die zur Beschleunigung führte”.

Im Bericht ist auch die Rede von der “Parapolitik” (Kooperation zwischen Politikern und Paramilitärs, A.d.Ü.) und er hält fest, dass seit 2006 mehr als 50 frühere Parlamentarier wegen ihrer Beziehungen zu den Paramilitärs verurteilt wurden, darunter der frühere Parlamentspräsident Luis Alfredo Ramos. In dieser Passage des Berichts wird auch betont, dass “Ex-Präsident Alvaro Uribe (2002-2010) und seine Vertrauten sich immer häufiger Anzeichen mutmaßlicher Verbindungen zu den Paramilitärs konfrontiert sahen” und dass Uribe und sein Bruder Santiago einer Untersuchung wegen Verbindungen zum Paramilitarismus entgegensehen.

Auch gegen Generalprokurator Alejandro Ordoñez schießt der Bericht einen Pfeil ab und führt aus: “Die Prokuratur der Nation, die Disziplinaruntersuchungen gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes durchführt, ist dabei nur zu sehr begrenzten Ergebnissen gelangt, was die Sanktionen gegen Abgeordnete anbelangt, die mit Paramilitärs kooperierten” und der Bericht hält weiter fest, dass “die Verfahren gegen mehrere frühere Abgeordnete eingestellt wurden, deren strafrechtliche Verantwortung für diese Zusammenarbeit zuvor festgestellt worden war”.

Ein weiterer Absatz ist Polizei und Streitkräften gewidmet. Es wird daran erinnert, dass in früheren Berichten HRW für den Zeitraum 2004-2008 eine alarmierend hohe Zahl von Exekutionen außerhalb der Justiz festgestellt hatte, und es wird anerkannt, dass seit 2009 sich diese Zahl verringert hat.....

Laut HRW führte die Staatsanwaltschaft bis Juni 2013 in 2278 Fällen Untersuchungen wegen vermuteter illegaler Exekutionen durch, die von Mitgliedern des Staatsapparates begangen worden sein sollen und denen fast 4000 Personen zum Opfer fielen. Es wird betont, dass es bisher nur in 189 Fällen zu Verurteilungen kam. “Die Verurteilungen betrafen 605 Mitglieder des Heeres, darunter 91 Offiziere., in der Mehrzahl niedriger Ränge. Gegen mehr als 40 Hauptmänner und Oberstleutnants des Heeres wurde ermittelt, aber nur vier davon wurden verurteilt”, präzisiert der Bericht.

Der Bericht kritisiert auch Präsident Santos wegen des Rechtsrahmens für den Frieden, den das Verfassungsgericht für verfassungsgemäß erklärt hatte, nachdem es seine Reichweite modifiziert hatte. Für HRW ist das Gesetz “ein Werkzeug, das die Tür für eine allgemeine Straflosigkeit nach einem Friedensabkommen zwischen Regierung und FARC für Grausamkeiten öffnet, die von der Guerrilla, den Paramilitärs und Angehörigen der Streitkräfte begangen wurden. In gleicher Weise verurteilt HRW die Erweiterung des Militärstrafrechts, die allerdings im Oktober 2013 vom Verfassungsgericht zu Fall gebracht wurde. HRW sieht die Gefahr, dass auf der Grundlage der Erweiterung Untersuchungen gegen Militärpersonen von ordentlichen Gerichten an Militärgerichte überwiesen werden könnten.